


SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 02/2016

27. Juni 2016

TeilhabeGesetz auf den Weg gebracht

Ein langer Aushandlungsprozess zwischen den Koalitionsfraktionen im Bundestag einerseits und den Bundesländern andererseits geht auf die Zielgrade: Das Bundeskabinett wird einen Gesetzentwurf zum **BundesteilhabeGesetz** beschließen und in den Bundestag einbringen. Um das Vorhaben gab und gibt es seit langem eine teilweise sehr kontroverse Debatte – nicht nur zwischen den politischen Parteien, sondern auch mit den Betroffenenverbänden der Menschen mit Behinderungen.

Worum geht es?

In der Sache wird versucht, Menschen mit Behinderungen einerseits besser in Entscheidungen einzubinden, wie ihnen benötigte Unterstützungen erbracht werden. Die Veränderungen betreffen vor allem die **Eingliederungshilfe**, mit der behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen geholfen werden soll, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Hier gab es in der Vergangenheit häufig **Zuständigkeitsprobleme**, denn die Eingliederungshilfe wird durch die Sozialämter erbracht, die Empfänger erhalten in der Regel aber auch Leistungen aus der Pflegekasse und ihrer Krankenkasse – jeweils mit eigenen Regularien, wie die Unterstützungen organisiert werden. Dies soll nun angeglichen werden. Für die Betroffenen wird der Ablauf dadurch transparenter. Zeitgleich sollen die Verwaltungsabläufe dadurch einfacher werden.

Einer der größten Kritikpunkte der Menschen mit Behinderungen an den bisherigen Regelungen war, dass der **hohe Eigenanteil** an zu erbringenden Leistungen für die meisten Schwerbehinderten faktisch unmöglich war, Ersparnisse für eigene Pläne anzulegen. Das galt auch insbesondere für Behinderte, die ein Einkommen aus Arbeit haben. Und – für die private Situation noch belastender – auch das Einkommen von Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern wurde mit herangezogen. Viele empfanden das als drastischen Einschnitt in ihre private Lebensplanung, hieß es doch für viele: „Wenn du mich heiratest, wirst du zum Sozialfall“.

Diese „Heranziehung von Partnereinkommen“ soll jetzt entfallen.

TeilhabeGesetz und Inklusion

Die bisherigen Regelungen der Sozialgesetzgebung kamen aus einer Zeit, in der davon ausgegangen wurde, dass Menschen mit Behinderungen nicht selbst entscheiden könnten, welche Unterstützung für sie die geeignete ist und ihnen dies besser von „Fachleuten“ abgenommen werden sollte. Seit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und der damit verbundenen Debatte um Inklusion hat sich hier allerdings im Selbstverständnis vieles grundsätzlich geändert.

Inklusion bedeutet nämlich viel mehr, als die öffentlich wohl am meisten wahrgenommene Debatte um behinderte Schülerinnen und Schüler in den „normalen“ Schulen. **Mit Inklusion ist gemeint, dass Menschen mit Behinderungen nicht außerhalb einer Gesellschaft betrachtet werden sollen, sondern ein gleichberechtigter Teil sind – Vielfalt ist Normalität.** Für die Behindertenhilfe bedeutet dies, in einen Dialog mit den Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern einzutreten und sie so viel wie möglich und gewünscht selbst entscheiden zu lassen, wie und von wem ihnen Unterstützung angeboten werden soll. Dieser Grundgedanke soll nun mit dem neuen TeilhabeGesetz erstmals auch Grundlage der Gesetzgebung sein.

Fazit

Der größte Knackpunkt ist – wie so oft in der Politik – die Finanzierung. Selbst wenn die Leistungen identisch bleiben und nur der Eigenanteil geringer wird, muss die Differenz aus den öffentlichen Haushalten ausgeglichen werden. Und da die Sozialämter, die die Eingliederungshilfe organisieren, in die Zuständigkeit Kommunen fallen, die oft ohnehin Finanzprobleme haben, war die Befürchtung groß, dass mit dem neuen Gesetz Mehrausgaben anfallen werden. Darum wurde insbesondere über die Finanzierung lange zwischen Bundesregierung, den Ländern und den Kommunen verhandelt. Nun wurde ein Kompromiss gefunden, der scheinbar für alle Seiten tragbar ist.

Vieles wird im BundesteilhabeGesetz fehlen, was sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, aber auch die Behindertenverbände gewünscht hätten. Und an mancher Stelle wird zu Recht auf Missstände hingewiesen. Auch unsere in Hamburg zuständige **Sozialsenatorin Melanie Leonhard hat bereits für die Beratungen**

des Bundesrats schriftlich Kritikpunkte geltend gemacht. Aber selbst wenn die Chancen gering sind, hier im Gesetzgebungsverfahren noch Details zu verändern: Allein durch die bessere Beteiligung bei der Hilfeplanung und die geringere Heranziehung von eigenem Vermögen werden viele Menschen mit Behinderungen deutlich besser gestellt. Das ist ein Erfolg!

Und es wird Ansporn sein, in der Bundestagswahl 2017 dafür zu kämpfen, dass danach Mehrheiten entstehen, die diesen Erfolg weiter ausbauen.

Bei Interesse finden sich zum Weiterlesen viele weitere Informationen auf der Homepage: <http://www.gemeinsam-einfach-machen.de>

Integration unmöglich? Nein!

Es ist ruhiger geworden in den Zeitungen, was das Thema Flüchtlingsunterbringung angeht. Das liegt auch daran, dass weniger Menschen bei uns ankommen, die aus ihrer Heimat geflohen sind. Es liegt aber auch daran, dass nach dem Zustandekommen der Volksinitiative zur Flüchtlingsunterbringung jetzt Verhandlungen zwischen der Initiative und der Bürgerschaft begonnen haben. Wenn man einen Kompromiss finden will, helfen markige Worte meist wenig. Und im Moment halten sich beide Seiten daran, einen möglichen, für beide Seiten tragbaren Weg zu finden.

Aber worum geht es? Die Initiative nennt sich „Hamburg für gute Integration“ (HGI). Tatsächlich wendet sie sich aber vor allem gegen große Bauvorhaben der Stadt, mit denen (auch) Wohnraum für Geflüchtete geschaffen werden soll. Dabei führen die Initiatoren immer wieder Beispiele an, in denen wegen großer Bauten Integration – zumindest in den Augen der Initiative – gescheitert sei. Es lohnt aber, genauer hinzusehen, was genau gelungene Integration von Migranten bedeutet.

Dies findet sich an vielen Stellen – auch in unserer Stadt. Man kann erfolgreiche Sportler, wie die Bundesliga-Profis Jerome Boateng oder Jonathan Tah nehmen, deren Väter jeweils nicht aus Deutschland stammen. Es gibt aber auch viel näher liegende Beispiele. Um auch uns diese Erfolgsgeschichten vor Augen zu führen, aber auch um immer wieder aktuellen



Ksenija Bekeris

In dieser Ausgabe:

TeilhabeGesetz auf den Weg gebracht	1
Integration unmöglich? Nein!	1
Aus dem Bezirk:	2
Fuhlsbüttler Straße – Bezirk dringt auf Fertigstellung	
Rathausbesuche	2

Entwicklungen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und zu kommentieren, hat die SPD Hamburg einen Blog eingerichtet.

Unter: www.neuenachbarn.hamburg lassen sich viele spannende Geschichten rund um Flucht, Ankommen und das neu entstehende Miteinander nachlesen.

Reinklicken lohnt sich!

KSENIJA BEKERIS: „HAMBURG IST EINE STADT, IN DER INTEGRATION UND DER NOTWENDIGE GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENHALT LANGE TRADITION BESITZEN. DIE GESCHICHTE HINTER DEN MENSCHEN WILL DER NEUE BLOG ‚NACHBARN IN HAMBURG‘ ANSCHULICH MACHEN. ICH FREUE MICH ÜBER DIESEN WICHTIGEN IMPULS.“

Fuhlsbüttler Straße – Bezirk dringt auf Fertigstellung

Die Fuhlsbüttler Straße wurde im Jahr 2014 auf einer Länge von 4 km grundsaniert. Der gesamte tragende Untergrund wurde ertüchtigt und erneuert, der Parkraum im nördlichen Teil neu geordnet, die Situation für Radfahrende verbessert und bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig die MetroBus-Linie 7 nach Steilshoop

optimiert. Für die Gewerbetreibenden und Anwohnerinnen und Anwohner ein Kraftakt, der trotz kleiner und großer Hindernisse fristgerecht fertiggestellt wurde. Durch die Maßnahmen zur Busoptimierung konnte die Fahrzeit merkbar verkürzt und folglich die Leistungsfähigkeit der Busverbindung nach Steilshoop und zurück erhöht werden.

Im südlichen Teil der Fuhlsbüttler Straße lässt die Fertigstellung jedoch auf sich warten. Ein Grund für die Verzögerung sind die aufwendig gestalteten Baumscheiben – also die Einrahmungen der Bäume – entlang der Straße im Süden. In einem Beteiligungsverfahren hatten sich Sanierungsbeirat sowie Bürgerinnen und Bürger für die Herstellung der Baumeinfassungen entschieden, wie man sie an der Diesterwegstraße modellhaft findet. Wie sich gezeigt hat, ist die Herstellung der Stahleinfassungen, die individuell für jeden Baum hergestellt werden müssen, aufwendiger als zu erwarten war.

Auch der Bezirk hat bereits seinen Unmut über die Verzögerung an den zuständigen Landesbetrieb weitergegeben und trifft damit auch die Meinung vieler Bürgerinnen und Bürger in Barmbek.

Damit wir Ihnen einen aktuellen Sachstand mitteilen können, haben wir uns bei der zuständigen Fachbehörde für Verkehr erkundigt. Folgende gute Nachrichten möchten wir Ihnen nicht vorenthalten:

- Die Arbeiten sollen noch vor dem Weihnachtsgeschäft beendet werden
- Seit dem 6. Juni 2016 werden weitere Baumscheiben gesetzt.

Fortgeführt werden die Arbeiten auf der westlichen Seite der Fuhlsbüttler Straße.

- Der aktuelle Missstand durch Falschparker auf den neu hergestellten Gehwegen wird zukünftig durch Maßnahmen wie Poller oder Radbügel verhindert werden, die Stück für Stück im Zuge der Arbeiten an den Baumscheiben nachgerüstet werden.
- Die SPD-Bezirksfraktion ist bezüglich der grauen Parkstands-begrenzer bereits aktiv geworden und wartet auf Antwort der Fachbehörde.
- Die Situation an Diesterwegstraße und Drögestraße: Autofahrende überqueren dort den Fußweg vereinzelt in rasantem Tempo oder parken gar auf der Zuwegung aus der Diesterwegstraße oder in die Drögestraße, sodass diese Straßen nicht mehr zu erreichen oder zu verlassen sind. Sollte sich keine Verbesserung einstellen, wird die Bezirksfraktion hier auch aktiv werden.

Die gesamte Verschönerung der südlichen Fuhlsbüttler Straße ist ein Pilotprojekt. Deswegen haben sich an einigen Punkten leider unvorhersehbaren Hindernissen ergeben. Die zuständige Fachbehörde hat bereits angekündigt, dass das Vorhaben von allen Seiten beleuchtet werden wird, damit sich solch Verzögerungen bei anderen Projekten nicht wiederholen.



Foto: ST

Rathausbesuch

Haben Sie Interesse, uns Abgeordneten bei der Arbeit über die Schulter zu schauen? Die meisten Sitzungen sind öffentlich.

Das Abgeordnetenbüro hilft Ihnen gerne bei der Anmeldung für die Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft oder für Ausschuss-Sitzungen.

Die Termine finden Sie auf der Homepage der Bürgerschaft unter: www.hamburgische-buergerschaft.de

Termine

- 29.06. ab 15 Uhr, Sitzung der Bürgerschaft
- 13.07. und 14.07 ab 15 Uhr, Sitzung der Bürgerschaft
- 14.09. Sommertour mit Dr. Andreas Dressel (Zeit und Ort folgt)
- Save the Date: 20.09. ab 19 Uhr, Veranstaltung zum Thema Integration in Hamburg mit Sozialsenatorin Melanie Leonhard

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten: Mo.: 9-13 Uhr; Di. + Fr.: 9.30-13 Uhr; Do.: 13.30-19 Uhr. Tel.: 51906908, www.ksenija-bekeris.de